

## Antrag

### der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

#### Für eine Internationale Sicherheitsinitiative für Nordostasien

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Situation auf der koreanischen Halbinsel hat sich im Laufe der vergangenen Monate dramatisch verschärft. Die Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea) hat das Genfer Abkommen von 1994, mit dem das Land auf eigene Nuklearpläne zugunsten von internationalen Energie- und Reaktorenlieferungen verzichtet hatte, gebrochen und das damals gestoppte nationale Nuklearwaffenprogramm wieder aufgenommen. Nordkorea hat die Inspektoren der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) des Landes verwiesen, den Nichtverbreitungsvertrag gekündigt und nationale Raketentests angekündigt, Raketentechnologie exportiert und nicht zuletzt ausdrücklich mit der Entfesselung eines Nuklearkrieges gedroht. Nordkorea befindet sich gleichzeitig in einer dauerhaften humanitären Krise, die Menschenrechtssituation im Land ist – soweit bekannt – verheerend. Nordkorea ist unter seinem stalinistischen Diktator Kim Jong-il international isoliert, das Regime steht mit dem Rücken zur Wand. Selbst die traditionell dem Land eng verbundene Volksrepublik China sieht – vor allem angesichts wachsenden Flüchtlingsdrucks – die Situation im Nachbarland zunehmend als Problem. Der im Rahmen der „Sonnenschein-Politik“ des damaligen südkoreanischen Präsidenten Kim Dae-jung vor zwei Jahren angestoßene Entspannungsprozess hat inzwischen an Schwung verloren. Nachdem jetzt die IAEO ihren Bericht über die nordkoreanische Verletzung des Inspektionsregimes des Nichtverbreitungsvertrages dem VN-Sicherheitsrat vorgelegt hat, liegt das Problem klar in der Verantwortung der Weltstaatengemeinschaft. Wenn diese versuchen würde, die Nordkorea-Krise angesichts der gegenwärtigen Fixierung auf den Mittleren Osten weiter an den Rand zu schieben, wäre das nicht nur kurzsichtig und gefährlich, sondern auch ein weiterer Rückschlag für die Glaubwürdigkeit der internationalen Institutionen.

Europa hat durch seine schmerzliche Geschichte gelernt, wie man mit scheinbar aussichtslosen und gefährlichen Spannungslagen umgehen kann. Unser Kontinent hat bei der Entspannungspolitik und der Überwindung des Kalten Krieges mit dem KSZE-Prozess gute Erfahrungen gemacht. Auch die Aussichten, die gegenwärtigen Spannungen auf der koreanischen Halbinsel einzudämmen und langfristig zu überwinden, könnten von einem Prozess profitieren, der nicht nur eindimensional auf unmittelbare Lösung des Nuklearproblems abzielt, sondern parallel auch Vertrauensbildung und Rüstungskontrolle, Wirtschafts- und Energiethemen, innergesellschaftlichen Wandel, Menschenrechte, einen breiten Dialog und einen Interessenausgleich umfasst. Entscheidend ist hierbei auch, nicht nur die beiden koreanischen Nachbarländer einzubeziehen, sondern auch wichtige und interessierte internationale Akteure wie Russland,

die VR China, Japan, die USA, die EU und nicht zuletzt die UNO in der Person des Generalsekretärs. Nordkorea könnte über einen mehrdimensionalen, auf „Geben und Nehmen“ beruhenden Prozess aus seiner gefährlichen internationalen Isolation herausgeführt werden, ohne dass das Land etwa mit bilateralen südkoreanischen oder US-amerikanischen Konzessionen für seine unverantwortliche gegenwärtige Drohhpolitik „belohnt“ würde. Angestoßen werden könnte ein solcher multidimensionaler Sicherheitsprozess für Nordostasien durch eine möglichst baldige internationale Sicherheitsinitiative.

Diese Initiative sollte von der Europäischen Union ausgehen, die auf diesem Wege die Möglichkeit hätte, die in letzter Zeit leider wenig funktionsfähige Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik wieder zu beleben und zu beweisen, dass sie zur Übernahme internationaler Verantwortung in der Lage ist. Deutschland sollte dazu in der EU den Anstoß geben.

Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf,

1. die Gefahr für die Weltsicherheit und das Nichtverbreitungsregime, die von Nordkorea ausgeht, und genauso die drohende humanitäre Katastrophe in Nordkorea nicht weiter zu ignorieren,
2. noch während der deutschen Präsidentschaft anzustoßen, dass das Thema Nordkorea im Sinne der IAEO auf die Tagesordnung des VN-Sicherheitsrats kommt,
3. sich dafür einzusetzen, dass insbesondere Russland und China allen Einfluss auf Nordkorea ausüben, damit dieses seinen Verpflichtungen nachkommt und seine aggressive Rhetorik gegen seine Nachbarn und die USA beendet,
4. in der Europäischen Union unverzüglich die Initiative zu ergreifen, damit die EU das Augenmerk der Weltvölkergemeinschaft stärker auf das Nordkorea-Problem lenkt und sich neben der Befassung im VN-Sicherheitsrat international flankierend für eine Sicherheitsinitiative für Nordostasien einsetzt,
5. im Rahmen dieser Sicherheitsinitiative und des sich möglicherweise daraus ergebenden kooperativen Sicherheitsprozesses darauf zu drängen, dass Nordkorea seine Nuklearambitionen aufgibt und internationale Kontrollen wieder zulässt und im Gegenzug dafür mittel- bis langfristig international anerkannt und eingebunden wird, Sicherheitsgarantien erhält und mit effektiven Hilfsmaßnahmen ausgestattet wird zur Energieversorgung, zur Verbesserung der humanitären Lage seiner Bevölkerung und zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes, die dann langfristig möglichst auch in eine politische Öffnung des Landes münden soll.

Berlin, den 18. Februar 2003

**Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion**  
**Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion**